



Newsletter 4/2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser!

Dieser Newsletter informiert unter anderem über den aktuellen Sachstand zum Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, zu dessen Gestaltung und Umsetzung Sie herzlich eingeladen sind: Nehmen Sie gern Kontakt auf, wenn Sie Vorschläge für das Landesprogramm haben. Zunächst aber wünschen wir Ihnen viele Anregungen beim Lesen dieses Newsletters.

Ihr BNW-Team

Inhalt

1. Landesprogramm gegen Rechtsextremismus
2. Informationen rund um die Netzwerktreffen
3. Aktuelles vom Mobilen Beratungsteam
4. Ausblick

1. Landesprogramm gegen Rechtsextremismus

In Hamburg gibt es bereits zahlreiche Maßnahmen und Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus, die dazu beitragen, dass die rechtsextreme Szene in der Stadt bei weitem nicht so ausgeprägt ist wie in vielen anderen Städten und Ländern. Diese Handlungsansätze zu bündeln, bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und sinnvoll zu ergänzen ist das Anliegen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, welches derzeit federführend von der Behörde für Arbeit,

Soziales, Familie und Integration (BASFI) erarbeitet wird.

Zielsetzung des Landesprogramms ist es, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen, Respekt und Toleranz zu fördern und dafür zu sorgen, dass sowohl auf zivilgesellschaftlicher als auch auf staatlicher Ebene eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus-Bekämpfung erfolgt. Hier setzt bereits die Erarbeitung des Landesprogramms an: Das Landesprogramm soll nicht in Eigenregie der Verwaltung erstellt werden, sondern auf einem breiten Beteiligungsprozess der Zivilgesellschaft basieren. An der Konzeption werden in diesem Sinne alle Institutionen, Verbände und Gruppen beteiligt, die das soziale, wirtschaftliche, religiöse und das gesellschaftliche Leben in Hamburg wesentlich gestalten und prägen. Sie sollen beispielsweise daran mitwirken, wesentliche Handlungsbedarfe in der Stadt zu definieren und Schwerpunkte des Programms festzulegen. Beteiligt werden neben dem BNW u.a. das Gremium der Erstunterzeichner von „Hamburg bekennt Farbe“, der Hamburger Integrationsbeirat, zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Opferberatungseinrichtungen, der Landessenorenbeirat und viele weitere. Außerdem ist eine Internet-Diskussion geplant. Auf diese Weise sollen wesentliche Expert/innen beteiligt werden, um Handlungsbedarfe aus allen Perspektiven zu erkennen und abgestimmt darauf zu reagieren. Außerdem trägt das Beteiligungsverfahren bereits zur Sensibilisierung und Aktivierung bei und ist damit bereits als wesentliches Element des Landesprogramms zu verstehen.

Gern können sich auch die Leser/innen dieses Newsletters, unabhängig von einer Mitgliedschaft im BNW oder anderer Gremien, mit Anregungen für das Landesprogramm an die BASFI wenden. Diese wird die Vorschläge bei der Erarbeitung des Landesprogrammes berücksichtigen.

- Bitte wenden Sie sich bei Interesse an die für das Landesprogramm zuständige Referentin der BASFI: Jasmin Eisenhut, Jasmin.Eisenhut@basfi.hamburg.de, Telefon 040/42863-2419.

2. Informationen rund um die Netzwerktreffen

Im Mittelpunkt der BNW-Sitzung am 22. August stand neben dem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus (s.o.) der Hamburger Verfassungsschutzbericht 2011. Der stellvertretende Amtsleiter Torsten Voß gab einen allgemeinen Überblick über den Bericht mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. Demnach sank die Zahl der Rechtsextremisten in Hamburg auf 450 Personen (2010: 480), vor allem aufgrund der weiteren Mitgliederverluste bei der DVU. Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten ist mit 180 konstant geblieben, die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten sank auf 298 (2010: 316). Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ist mit 21 gleich geblieben.

Zunehmenden Einfluss in der Rechtsextremen Szene gewinnen Autonome Nationalisten wie der Zusammenschluss Hamburger Nationalkollektiv/Weiße Wölfe Terrorcrew Sektion Hamburg (HNK/WWT) und Aktionen wie die der sogenannten „Unsterblichen“, welche im Dezember 2011 weiß maskiert und mit Fackeln durch eine Straße in Hamburg-Harburg marschiert sind. Auch das Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung bei der Verbreitung rechtsextremer Ideologien.

Ein weiteres Thema der Sitzung war die sogenannte Bestätigungserklärung des Bundes, welche Träger unterzeichnen müssen, um Bundesmittel im Rahmen des Programms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zu erhalten. Diese Bestätigungserklärung verlangt von den Unterzeichnern,

dass sie sich nicht nur selbst den Zielen des Grundgesetzes verpflichten, sondern dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung auch dafür Sorge tragen, dass sich Projektpartner entsprechend verhalten. Gerade dieser zweite Aspekt wird im BNW kritisch gesehen. Um sich verstärkt dem Thema Bestätigungserklärung des Bundes zu widmen, wird eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche sich erstmalig voraussichtlich im Oktober treffen wird. Im Rahmen dieses Termins soll das Thema tiefer beleuchtet und darüber beraten werden, wie mit der Bestätigungserklärung umzugehen ist. Die Landeskoordinierungsstelle wird die BNW-Mitglieder rechtzeitig über den Termin informieren.

Als neues BNW-Mitglied konnten die Hamburger Integrationszentren begrüßt werden, welche durch den Verein Verikom vertreten werden. Der Verein Verikom ist selbst Träger mehrerer Integrationszentren.

3. Aktuelles vom Mobilem Beratungsteam

Im dritten Quartal 2012 sind bislang 23 neue Beratungsfälle beim Mobilem Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBT) eingegangen. Ein Schwerpunkt liegt dabei erneut in der Beratung von Angehörigen und Personen, die in ihrem sozialen Umfeld mit rechtsextremen Personen konfrontiert sind. Insbesondere Maßnahmen aus dem Bereich „Einzelberatung zur Entwicklung von Handlungsstrategien/ Empowerment“ sind in der Beratung von Angehörigen erforderlich, die Beratungen deshalb besonders zeitintensiv.

Auch die Beratung von Personen und Institutionen, die in Veröffentlichungen der NPD benannt oder direkt angegriffen werden, ist weiterhin häufig nachgefragt. Seit dem Bekanntwerden der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds im

November 2011 werden solche Angriffe in Publikationen von Rechtsextremist/innen von den zu Beratenden häufig emotional als sehr viel bedrohlicher erlebt als es früher der Fall war. Daher ist die Bedeutung des psychosozialen Anteils in derartigen Beratungen noch wichtiger geworden.

Daneben wurde Beratung und Begleitung von Initiativen und Bündnissen angefragt. Zahlreiche Fallberatungen gehen in diesem Bereich mit Maßnahmen der politischen Bildung und Qualifizierung einher. Das MBT hat im Zuge verschiedener Beratungsprozesse erneut diverse Workshops und Seminare durchgeführt, Analysen und Arbeitsmaterialien erstellt und zur Verfügung gestellt.

Um nach den Gesellschaftsbereichen „Gastronomie“ und „Sport“ in einem weiteren Feld für die Thematik „Rechtsextremismus“ zu sensibilisieren, arbeitet das MBT derzeit an einer Broschüre unter dem (Arbeits-)Titel „Rechtsextremismus im Betrieb“, die noch in diesem Jahr erscheinen und neben Anregungen aus der betrieblichen Praxis zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus juristische Tipps liefern wird.

Zudem hat das MBT sein Qualitätsmanagement weiterentwickelt und drei Instrumente zur Evaluation seiner Beratungstätigkeit (weiter-)entwickelt, die bis Ende 2012 erprobt und ab 2013 konsequent eingesetzt werden sollen.

Die im vergangenen Jahr vom MBT in Auftrag gegebenen Regionalanalysen zu „Rechtsextremismus im Bezirk Bergedorf“ und „Rechtsextremismus im Stadtteil Bramfeld“ wurden vom Kommunalpädagogischen Institut Hamburg fertiggestellt und sollen in der nächsten Sitzung des Beratungsnetzwerkes vorgestellt werden.

4. Ausblick

Die nächste und damit letzte BNW-Sitzung des Jahres 2012 ist für den 28. November terminiert (5. Sitzung). Um den Netzwerkgedanken zu stärken, sollen die Sitzungen künftig nicht nur bei der Landeskoordinierungsstelle oder der BASFI, sondern auch bei BNW-Mitgliedern stattfinden. Bitte kommen Sie auf die Landeskoordinierungsstelle zu, sollten Sie Ihre Räumlichkeiten hierfür zur Verfügung stellen wollen. Der Veranstaltungsort der nächsten Sitzung wird rechtzeitig mit der Einladung bekanntgegeben.

Folgende Institutionen haben bereits Interesse angemeldet:

- Hamburger Sportbund; Haus des Sports, nach Fertigstellung im Jahr 2013
- Arbeit und Leben bzw. das MBT, Besenbinderhof, Gewerkschaftshaus
- Landesinstitut für Lehrerfortbildung
- Vericom - Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V., Hospitalstraße
- KZ-Gedenkstätte (dies wird seitens der Mitglieder gerne im Rahmen einer größeren Sitzung / Tagung oder einer themenorientierten Sitzung angedacht, ein Rundgang durch die Gedenkstätte wird ebenfalls gewünscht)

Termine – vom Netzwerk für das Netzwerk

- **Anwohnerfest** „Kehrt den braunen Dreck weg – Fenster auf – Augen auf“ in Hamburg-Wandsbek am 29. September (Aufzug und Straßenfest in und um die Kantstraße), Veranstalter ist der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge
- **Fortbildungsangebot:** Workshop „Theorie und Praxis der Online-Beratung“; Tagungsort: Hannover; weitere Informationen unter gibt es unter www.lpr.niedersachsen.de

- **Fortbildungsangebot:** Rechte Jungs, rechte Mädchen ? ratlose Eltern - Qualifizierung zur Beratung von Eltern und Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher; Tagungsort: Bremen; weitere Informationen unter www.lidicehaus.de

Herausgeber:

Hamburger Landeskoordinierungsstelle des
Beratungsnetzwerkes gegen
Rechtsextremismus

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und
Integration, Adolph-Schönfelder-Straße 5,
22083 Hamburg und Johann Daniel Lawaetz-
Stiftung, Neumühlen 16 - 20, 22763 Hamburg.

Kontakt: bnw-hamburg@lawaetz.de
www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus
